



Stahlinstitut VDEh
Wirtschaftsvereinigung Stahl

Entscheidende politische Weichenstellungen für die Stahlindustrie

Hans Jürgen Kerkhoff
Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl
Vorsitzender Stahlinstitut VDEh

Pressegespräch am 7. November 2016
anlässlich STAHL 2016 in Düsseldorf

Stahlinstitut VDEh
Wirtschaftsvereinigung Stahl

Postfach 105145
40042 Düsseldorf
Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf

Fon +49 (0) 211 67 07-0
Fax +49 (0) 211 67 07-310
Mail info@vdeh.de
Web www.stahl-online.de

Präsident WV Stahl und Vorsitzender VDEh:
Hans Jürgen Kerkhoff
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied:
Dr.-Ing. Peter Dahlmann

„Orientierung in unsicheren Zeiten“ lautet das Motto der Jahrestagung „STAHL 2016“. Und das mit gutem Grund. Die Herausforderungen für die Stahlindustrie bei Handel, Klima und Energie wurden 2016 in zahlreichen Zusammenhängen thematisiert: Auf Regionalkonferenzen mit Landesregierungen und Gewerkschaften, im Bundestag, dem Bundesrat und dem Europäischen Parlament. International standen Stahlthemen auf der Agenda von G7 und G20-Treffen, bei der OECD, den Spitzentreffen der EU mit China und bei zahlreichen Gelegenheiten in Brüssel. Jetzt sollen den Worten auch Taten folgen! Die Stahlindustrie steht in den nächsten Wochen und Monaten vor politischen Weichenstellungen, die für die Zukunft der Branche in Deutschland und Europa entscheidend sein werden.

Auf diese Schlüsselthemen kommt es jetzt an:

- Wie soll den weltweiten Überkapazitäten vor allem aus China begegnet werden? Damit beschäftigt sich ein Global Capacity Forum bei der G20, die ab nächstem Monat unter deutscher Präsidentschaft steht.
- Wie können faire Wettbewerbsbedingungen im internationalen Handel geschaffen werden und wie geht Europa mit Staatswirtschaften um, die sich nicht an marktwirtschaftliche Regeln halten? Dazu will die EU Kommission übermorgen (09.11.) eine Antwort geben und am 11. November soll sich damit der Handelsministerrat befassen.
- Wie verhindern wir, dass die europäische Stahlindustrie mit ihren großen Erfolgen bei der CO₂-Einsparung durch weltweit einmalige und technisch unrealistische Vorgaben in ihrer Existenz gefährdet wird? Die industriefeindlichen Vorschläge der EU Kommission zur Ausgestaltung des Emissionsrechtehandels nach 2021 sind besorgniserregend. Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments wird dazu am 8. Dezember beraten.

1. Stahlkonjunktur Deutschland: Leichte konjunkturelle Erholung – Lage weiterhin schwierig

Die Stahlmengenkonjunktur in Deutschland hat sich in den letzten Monaten aufgehellt. Zwar zeichnen die Kernindikatoren weiterhin ein gemischtes Bild: Im bisherigen Jahresverlauf sind die Produktion und insbesondere der Umsatz deutlich zurückgegangen. Dem steht jedoch gegenüber, dass sich die Auftragslage und auch das Geschäftsklima in der Stahlindustrie – im Vergleich zu einem allerdings außerordentlich gedrückten Vorjahreszeitraum – gebessert haben (**Bild 1**).

Ermutigend sind die Konjunktursignale, die zuletzt von den deutschen Stahlverarbeitern kamen (**Bild 2**). So haben die Bestellungen im Durchschnitt der ersten acht Monate um merkliche 5 Prozent zugelegt, während sie im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt nur stagnierten. Wachstumstreiber Nr. 1 ist die Bauindustrie. Auch im Rohrbereich hat sich der Bestelleingang verbessert, während er in der Automobilindustrie weiter auf sehr hohem Niveau liegt. Hoffnungsvoll stimmen darüber hinaus die Unternehmensumfragen: Im Rahmen des jüngsten ifo-Konjunkturtests gaben nahezu alle wichtigen stahlverarbeitenden Branchen an, dass ihre aktuelle Geschäftslage gut sei. Trotz Brexit-Diskussion und anderen Konjunkturrisiken hat sich die Zuversicht in den stahlverarbeitenden Branchen in den letzten Monaten offenbar erhöht.

Vor diesem Hintergrund blicken wir zum aktuellen Zeitpunkt vorsichtig optimistisch auf die Stahlkonjunktur 2017 (**Bild 3**): Wir erwarten, dass die Marktversorgung mit Walzstahl leicht zulegen wird nach einem Plus von einem Prozent in diesem Jahr. Mit 40,2 Millionen Tonnen dürfte in etwa das hohe Niveau aus dem Jahre 2006 erreicht werden. Mit Blick auf die Rohstahlproduktion werden wir eine Prognose für 2017 erst zum Jahreswechsel bekanntgeben. Für dieses Jahr haben wir bereits im September die Einschätzung gegeben, dass die Rohstahlproduktion mit rund 42,5 Millionen Tonnen leicht unter dem Vorjahresniveau (42,7 Millionen Tonnen) liegen wird.

Trotz der leichten konjunkturellen Erholung bleibt die wirtschaftliche Lage der Stahlunternehmen in Deutschland weiterhin ernst ungeachtet der unverändert sehr hohen Kapazitätsauslastung (**Bild 4**).

Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass die Importkrise auf dem EU-Stahlmarkt bei weitem nicht überwunden ist (**Bild 5**): Zwar sind die chinesischen Stahleinfuhren in den ersten acht Monaten 2016, hochgerechnet auf das Gesamtjahr, etwas gesunken (6,4 Millionen Jahrestonnen gegenüber 7,2 Millionen Tonnen 2015). Sie liegen damit aber immer noch doppelt so hoch wie 2013. Zudem sind die Gesamtimporte 2016 gegenüber dem Vorjahr nochmal merklich gestiegen, da andere Anbieter (z.B. aus Südkorea, Russland oder der Ukraine) verstärkt in den EU-Markt eindringen, nicht selten, weil sie von chinesischen Anbietern auf Drittmärkten verdrängt werden (Kaskadeneffekte).

Vor diesem Hintergrund ändern die zarten positiven Signale für die Stahlkonjunktur nichts an der dringenden Notwendigkeit, dass die Politik in Brüssel und Berlin den richtigen Rahmen für die Zukunft setzen muss.

2. Handelspolitik – Importkrise überwinden

Die Stahlindustrie hat 2016 klar formuliert, welchen existentiellen Herausforderungen sie durch unfairen Wettbewerb ausgesetzt ist. Diese Botschaft ist bei der Politik durchaus angekommen, in Deutschland wie in Europa. Trotzdem bleibt der Druck durch unfaire (d.h. gedumpte oder subventionierte) chinesische Stahlimporte nach wie vor extrem hoch, auch wenn in diesem Jahr einige Handelsschutzmaßnahmen auf den Weg gebracht werden konnten (**Bild 6**).

Immerhin hat die Europäische Kommission bei Grobblech und Warmbreitband vorläufige Maßnahmen verhängt, auch wenn diese im Fall Warmbreitband völlig unzureichend ausfielen, um weiteren Schaden von der deutschen und europäischen Stahlindustrie abzuhalten.

Leider fehlt bei den EU-Mitgliedsstaaten aber immer noch der gemeinsame Wille, wirklich etwas am europäischen Handelsschutzinstrumentarium zu ändern. Dabei braucht die Wirtschaft ein starkes Europa, das sich geschlossen für faire Wettbewerbsbedingungen einsetzt. Vor diesem Hintergrund erscheint es egoistisch und verantwortungslos, wenn Großbritannien im Rat die überfällige Reform der Handelsinstrumente blockiert. Ein Land, das künftig selber Gegenstand des

Antidumpingrechts der EU werden könnte, sollte heute nicht mehr über seine Ausgestaltung mitreden dürfen.

Welche Haltung wird die EU beim Thema Marktwirtschaftsstatus China einnehmen? Wird man bei der Berechnung von Dumping künftig verzerrte chinesische Inlandspreise verwenden müssen? Am 9. November will die EU-Kommission einen Vorschlag vorlegen. Verlautbarungen der Kommission im Vorfeld zeigen, dass berechtigte Zweifel angebracht sind, ob nach 2016 ein wirksamer Handelsschutz möglich sein wird.

- Eine neue Strategie der Kommission, China weder als Marktwirtschaft anzuerkennen, noch sie weiter als Nicht-Marktwirtschaft zu definieren, birgt gravierende Risiken. Die Behandlung Chinas als Nicht-Marktwirtschaft bildet heute die rechtliche Grundlage, um effektive Anti-Dumping-Maßnahmen einführen zu können.
- Zukünftig will die Kommission offenbar die Entscheidung über Anti-Dumping-Maßnahmen davon abhängig machen, ob im entsprechenden Sektor "market distortions" vorliegen. Es bleibt abzuwarten, ob es hier gelingt, rechtssichere Kriterien zu entwickeln. Das bedeutet für die EU und für jede betroffene Industrie ein erneutes Rechtsrisiko und fehlende Investitionssicherheit. Sinnvoller wäre es, Marktverzerrungen weiterhin an die lang etablierten und rechtsstabilen fünf Kriterien zu knüpfen, die aus EU-Sicht eine Marktwirtschaft definieren.
- Die Kommission hat angekündigt, die Beweislast für die Anwendung der alternativen Berechnungsmethode zukünftig selbst zu tragen, anstatt sie bei den chinesischen Exporteuren zu belassen. Nicht auszuschließen ist, dass die Beweislast sogar am Ende auf die klagende Industrie abgeschoben wird. Im Endeffekt drohen der Stahlindustrie in Deutschland und Europa weitere Nachweishürden im Vorfeld von Antidumping-Verfahren – dort wo es eigentlich um Effektivität und Schnelligkeit geht.

Kurzum: Eine vorschnelle Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus durch die Hintertür darf es nicht geben. Stattdessen muss China seine Reformanstrengungen deutlich steigern und aufhören, seine Strukturprobleme in Form von Dumpingstahl zu

exportieren. Erst wenn sich dieses Land marktwirtschaftlich verhält, sollte es auch als Marktwirtschaft anerkannt werden.

3. Strukturkrise auf dem globalen Stahlmarkt: Ein Thema für G20

Erfreulich ist, dass die Regierungschefs der G20-Staaten auf Ihrem Gipfel am 5. und 6. September die Strukturprobleme in der globalen Stahlindustrie diskutiert und konkrete Schritte gefordert haben, um die notwendigen Anpassungsprozesse zu unterstützen. Dabei hat auch die chinesische Regierung zugestanden, dass die Überkapazitäten beim Stahl ein globales Problem sind und dass Subventionen und andere Formen von staatlichen Eingriffen zu erheblichen Verzerrungen im internationalen Handel führen. Aber Worten müssen auch Taten folgen! Wir hoffen, dass sich China in die Arbeit des neu gegründeten globalen Kapazitätsforums, das ab Dezember im Rahmen der G20-Präsidentschaft unter deutscher Führung stehen wird, konstruktiv einbringen wird.

Denn China kommt eine überragende Rolle zu. Das Land steht nicht nur für die Hälfte der Weltproduktion, sondern auch für zwei Drittel der globalen Überkapazitäten von rund 660 Millionen Tonnen (**Bild 7**). Auf China entfallen zudem 75 Prozent des gesamten Kapazitätsaufbaus, der seit 2011 weltweit stattgefunden hat. Zudem kommt jede dritte Tonne Stahl, die weltweit exportiert wird, aus China.

Wird die chinesische Regierung das Problem der Überkapazitäten jetzt ernsthaft angehen? Das Ziel, bis 2020 100 - 150 Millionen Tonnen Kapazitäten brutto abzubauen, reicht bei aktuellen Überkapazitäten von rund 390 Millionen Tonnen nicht aus. Und mit den ersten Schritten ist man 2016 jedenfalls zu kurz gesprungen: In den ersten neun Monaten wurden netto (Abbau abzüglich der Neuanlagen) fünf Millionen Tonnen abgebaut. Dies ist nicht mehr als etwa 0,5 Prozent der gesamten Kapazitäten.

Die Ausfuhren haben im bisherigen Jahresverlauf gegenüber dem Rekordlevel von 2015 um weitere zwei Prozent zugelegt (**Bild 8**). Die Produktion wurde nach schwachem Jahresbeginn wieder hochgefahren und liegt inzwischen wieder auf dem Vorjahreslevel. Im September ergab sich sogar ein deutliches Plus von vier Prozent.

Auch dies spricht nicht dafür, dass China in ausreichendem Maße seine Strukturprobleme im Stahl angeht.

4. Energie- und Klimapolitik bedrohen Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie

Am vergangenen Freitag ist weniger als ein Jahr nach dem Klimagipfel in Paris das neue internationale Klimaabkommen in Kraft getreten, nachdem die erforderliche Anzahl an Ländern, darunter auch Deutschland, den Vertrag ratifiziert hat. Erstmals haben sich mit dem Abkommen alle Unterzeichner zum Klimaschutz bekannt und zu Beiträgen sowie einem internationalen Rahmenwerk verpflichtet.

Vor Euphorie ist jedoch zu warnen - gerade aus Sicht der Stahlindustrie.

Verpflichtende Ziele sind nicht Bestandteil des Abkommens; stattdessen sind die von den unterzeichnenden Ländern freiwillig eingereichten nationalen Beiträge mit ganz unterschiedlichen Zielen und Instrumenten entscheidend. Bei der Umsetzung des Abkommens, die auf der heute beginnenden Klimakonferenz in Marrakesch eingeleitet wird, müssen überhaupt erst einmal die Grundlagen für eine vergleichbare Überprüfung der Emissionen und Minderungsanstrengungen geklärt werden. Schon die Ausgangspunkte sind äußerst unterschiedlich: Die Europäische Union geht bei ihren Emissionszielen von 1990 aus, andere Länder vom aktuellen Stand wie etwa Japan mit dem Jahr 2013 – und China will den Höhepunkt seiner Emissionen erst im Jahr 2030 erreichen. Wir können vor diesem Hintergrund auf absehbare Zeit nicht von global gleichen Wettbewerbsbedingungen ausgehen. Eine Verschärfung der deutschen und europäischen Klimapolitik gegenüber der Industrie wäre daher völlig fehl am Platze.

Durch den vorliegenden Vorschlag zur künftigen Ausgestaltung des europäischen Emissionshandelssystems ab 2021 wäre jedoch genau dies der Fall: Unabhängig vom Umsetzungsprozess des Klimaabkommens hält die Europäische Kommission unbeirrt an dem bestehenden Modell fest und plant weitere erhebliche Eingriffe. Der Stahlindustrie würden im Zeitraum 2021 bis 2030 durchschnittlich fast 40 Prozent der Zertifikate fehlen, mit der Folge massiver Kosten durch den Zukauf der erforderlichen Emissionsrechte und schwerer Belastungen der internationalen

Wettbewerbsfähigkeit. Die effizientesten Anlagen in der Stahlindustrie liegen mit ihren Emissionen bereits am technisch-naturwissenschaftlichen Minimum. Die geplanten zusätzlichen Kürzungen der Benchmarks können daher nicht durch technische Maßnahmen zur CO₂-Senkung ausgeglichen werden. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie zu wahren, ist eine freie Zuteilung in ausreichender Höhe erforderlich. Die Zuteilungsregeln müssen so festgelegt werden, dass die effizientesten Anlagen durch den Emissionsrechtehandel keine Kostenbelastungen erleiden. Die Benchmarks für die Zuteilung müssen in Höhe der Emissionen der zehn Prozent effizientesten Anlagen festgelegt werden und dürfen keinen weiteren pauschalen Absenkungsraten unterliegen. Die für die Industrie vorgesehene Menge an Freizertifikaten muss auf das erforderliche Maß angehoben werden.

Ebenso machen uns die gegenwärtigen Debatten im Europäischen Parlament Sorgen. Im federführenden Umweltausschuss wollen offenbar einige Politiker gegenüber dem ohnehin schon zu restriktiven Richtlinienvorschlag der EU-Kommission weitere deutliche Einschnitte in die kostenfreie Zuteilung an die Industrie erreichen. Für die betroffenen Branchen wie die Stahlindustrie wäre es eine katastrophale Entwicklung, wenn sich ein derart industriefeindlicher Ansatz durchsetzen würde. Der Emissionsrechtehandel hat eine erhebliche industriepolitische Dimension und erfordert eine ausgewogene, nicht einseitig an Umweltfragen orientierte Debatte und Entscheidung in Brüssel.

Der Bundeswirtschaftsminister hat sich in den Verhandlungen mit der EU-Kommission um die Fortsetzung des Bestandsschutzes für die ökologisch sinnvolle Eigenstromerzeugung aus prozessbedingten Kuppelgasen für die Stahlindustrie eingesetzt. Dies ist nun auch bei dem drängenden Thema der CO₂-Regulierung notwendig. Die Bundesregierung hat sich jedoch im Rat noch immer nicht zum Vorschlag der Kommission positioniert. Die Bundesregierung muss sich auf einen Ansatz verständigen, der Klimaschutz und zugleich Stahlproduktion auch in Zukunft in Deutschland und Europa möglich macht. Die Unterstützung der Bundesregierung ist gerade deshalb dringend erforderlich, da im Europäischen Parlament die Brisanz des Themas offenbar nicht erkannt wird. Für die Stahlindustrie geht es bei der

Ausgestaltung der vierten Handelsperiode um eine fundamentale Weichenstellung mit existenzieller Bedeutung. Betroffen sind die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Investitionsperspektive unserer Industrie in den nächsten 14 Jahren. Perspektivisch drohen in der Wertschöpfungskette allein in Deutschland der Verlust von 380.000 Arbeitsplätzen und ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 30 Milliarden Euro.

Gerade angesichts der aktuellen Konflikte mit Ländern wie China sollte die Europäische Union keine Klimapolitik betreiben, die die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrie untergräbt. Die EU baut ihrer Stahlindustrie Hürden auf in Form von nicht erreichbaren Anforderungen (Benchmarks) und schafft damit gleichzeitig Wettbewerbsvorteile für außereuropäische Hersteller mit einer wesentlich schlechteren CO₂-Bilanz. Hier ist globales Denken gefragt und der Einsatz für weltweit vergleichbare Wettbewerbsbedingungen. Europa kann sich keine Vorreiterrolle auf dem Rücken der heimischen Industrie leisten.

Wenn die EU ernsthaft ihr Ziel eines Industrieanteils von 20 Prozent erreichen will, muss sie dafür auch die Voraussetzungen schaffen und darf beispielsweise die Stahlindustrie mit ihrer zentralen Rolle in den Wertschöpfungsnetzen nicht in weitere Unsicherheit treiben lassen. Wenn den Unternehmen durch steigende klimapolitische Belastungen und Dumping von außereuropäischen Wettbewerbern die Finanzkraft für Innovationen und Entwicklungsvorsprünge genommen wird, hat die Stahlindustrie langfristig keine Chance mehr in Europa. Ganz konkret geht es um 320.000 Stahl-Arbeitsplätze und weitere 1,5 Millionen in Zuliefererbranchen.

Der Stahl in Deutschland ist eigentlich gut für die Zukunft aufgestellt. Die Stahlindustrie kann ihre Innovationskraft und die Chancen zum Beispiel der Digitalisierung aber nur ausspielen, wenn die europäische Politik sie auch lässt. Und nur dann kann sie die nur langfristig denkbaren technologischen Durchbrüche bei CO₂ –Vermeidung oder auch deren sinnvollen Nutzung überhaupt erzielen. Entsprechende Forschungsprojekte existieren schon in bemerkenswerter Vielfalt bei den Unternehmen. Doch immer sind sie ergebnisoffen und langfristig angelegt – die Stahlindustrie benötigt Zeit und Spielräume, um diesen Weg weiterzugehen.

Die Werkstoffentwicklung wird durch die weitere Digitalisierung der Wirtschaft nachhaltig gestützt. Gute Beispiele für Innovationen mit Blick auf die Automobilindustrie sind hochfeste Dual-Phasen-Stähle und Q&P-Stähle, die hervorragende mechanische Eigenschaften haben und gleichzeitig wirtschaftlich sind. Sie fanden daher rasch in crash-relevanten Bauteilen von Fahrzeugen Anwendung. Darüber hinaus gibt es Fortschritte, Eigenschaften wie hohe Festigkeit und gute Formbarkeit miteinander zu kombinieren. Was heute schon in Laboren an Stahl erzeugt werden kann, wird sich morgen in deutlich verbesserten Produkten niederschlagen. Mit derartigen Werkstoffen leistet die Stahlindustrie einen unverzichtbaren Beitrag zur Weiterentwicklung der industriellen Basis in Deutschland.

5. STAHL 2016

Informationen zur internationalen Jahrestagung STAHL 2016 am 10. November in Düsseldorf:

Während der Eröffnungsveranstaltung wird Michael Ziesemer, Präsident des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI), die Bedeutung starker Wertschöpfungsketten in Deutschland und Europa thematisieren. Jörg Wuttke, Präsident der Europäischen Handelskammer in China, wird die Rolle Chinas in der Welt zum Schwerpunkt seines Vortrags machen. Dabei geht es neben der Beurteilung der aktuellen Lage auch um grundsätzliche Fragen zum Thema Fairness im Außenhandel.

Anschließend werden in Stahldialogen fachliche Themen vertieft, darunter die Verwerfungen auf den globalen Märkten, die europäische Klimapolitik aber auch Industrie 4.0 und Industrieakzeptanz sowie aktuelle Schwerpunkte der Forschung in den Bereichen Effizienzsteigerungen, Leichtbau und Prozessmodellierung.

Dr. Jürgen Heraeus, Präsident der B20, hält im Rahmen des Dialoges „Verwerfungen auf dem globalen Stahlmarkt: Handlungsoptionen für Politik und Wirtschaft“ einen

Vortrag zur Bedeutung eines freien und fairen Handels. Geert van Poelvoorde wird als Eurofer-Präsident die politischen Forderungen der Stahlindustrie im Handelsbereich skizzieren.

Im Dialog „Kursbestimmung nach Paris: Wege zu einer nachhaltigen Klimapolitik“ wird unter anderem Staatssekretär Jochen Flasbarth, Bundesumweltministerium, zum klimapolitischen Handlungsbedarf referieren.

Bei den Themen Industrieakzeptanz und Digitalisierung wird der Blick nach vorne gerichtet. Staatssekretär Matthias Machnig, Bundeswirtschaftsministerium, wird im Dialog „Industrieakzeptanz – Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand“ das Bündnis „Zukunft der Industrie“ vorstellen. Ralph Appel, Direktor und Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied, Verein Deutscher Ingenieure e. V., wird über das Ingenieur-Know-how für eine leistungsfähige Industrie referieren.

Im Dialog „Grenzen und Wege der Flexibilität bei der Eisen- und Stahlerzeugung“ werden hochkarätige Fachleute aus den Mitgliedsunternehmen über die Forschungsaktivitäten zu Effizienzsteigerungen und Emissionsminderungen berichten.

Im Dialog „Werkstoffliche Leichtbaulösungen mit Stahl“ werden Neuentwicklungen von Flach- und Langerzeugnissen für automobiler Anwendungen vorgestellt und die Herausforderungen hinsichtlich Verbindungstechnologien bei Multi-Material-Design aus Stahlsicht und Grenzen des Leichtbaus unter dynamischen Belastungen aufgezeigt.

Im Dialog „Innovation in der Prozessmodellierung ändert die Welt von Flachstahlprodukten - Virtualität wird Wirklichkeit“ diskutieren Experten anhand von ausgewählten Anwendungsbeispielen aus den Bereichen Warmband, Kaltband und Grobblech die Potentiale von Modellen, die in der Walzwerktechnik außerordentliche Bedeutung erlangt haben und heute in allen Prozessstufen Anwendung finden, um bei zunehmender Komplexität von Geschäfts- und Produktionsprozessen den Anforderungen an Produktivität und Qualität optimal gerecht zu werden.